

der Freitag

Die Wochenzeitung

→ freitag.de

Partner von
The Guardian
European Newspaper Award
Gewinner 2023/24

1. Februar 2024, 5. Ausgabe
Deutschland 5,40 €
Schweiz 7,50 CHF | Belgien,
Luxemburg, Österreich 6,10 €

Sozialstaat Spitzensport und Politik: VdK-Präsidentin Verena Bentele im Interview **Politik S. 4**

Identität Jakob Augstein fragt, die Schriftstellerin Deborah Feldman antwortet **Debatte S. 15**

Film Wer Sandra Hüller von der Rolle als Hedwig Höß überzeugte **Kultur S. 17**

Theater Vier grandiose Stücke, für die die Jugend das Handy weglagt **Kultur+ S. 27**

Wir sind das Volk!

Hunderttausende gehen auf die Straße. Der Anfang ist gemacht. Doch was hilft dauerhaft gegen rechts? **s. 6/7**



COLLAGE: DER FREITAG; FOTOS: GETTY IMAGES

Die AfD ist besiegbare

Vertrauen Die Parteien verschärfen Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Um die Gesellschaft zu stärken, müssen sie das ändern

von Klaus Dörre

Hunderttausende auf der Straße, ganz Deutschland hasst die AfD? Wohl kaum, denn die Partei steht in Umfragen im Osten noch immer bei 30 Prozent. Im thüringischen Jena berichtete ein Gewerkschafter der IG Metall bei der Kundgebung: Viele seiner Kolleginnen und Kollegen seien unzufrieden, tendierten zur AfD. An den Protesten könne sich die IG Metall nur beteiligen, wenn sie zugleich Kritik an der Ampel-Politik übe. Was schwierig wird, wenn die Regierung mitdemonstriert.

Der Gewerkschafter verweist auf eine blockierte Republik, in der es den politischen Eliten nicht gelingt, zwingend nötige Veränderungen durchzusetzen und mit der Aussicht auf ein besseres Leben für alle zu verbinden. Einer großen Mehrheit geht es mit dem Klimaschutz zu langsam voran (84 Prozent); auch möchte man der Wirtschaft strengere Klima-Vorgaben machen (75 Prozent). Ebenso viele sind aber auch der Ansicht, der Klimaschutz belaste die Menschen mit geringem Einkommen zu stark. Die Daten unserer Studie signalisieren, an was es fehlt. Denn: Der Souverän arbeitet. Er ist von Löhnen und Gehältern abhängig, bei Geschäftsmodellen und Produkten kann er jedoch nicht mitentscheiden. Die liberale ist deshalb nur eine halbierte Demokratie, wusste der Soziologe Ulrich Beck. In Zeiten tiefgreifender Transformation wirkt sich das verheerend aus.

Zumal wichtigste Treiber für klimaschädliche Emissionen die Investitionen sind und nicht der individuelle Konsum. Wer entscheidet über diese Emissionen? Das tut beispielsweise Steve Angel. Als CEO des Industriegigantens Linde strich er mit 18,5 Millionen US-Dollar jährlich das 245-Fache des Durchschnittsgehalts seiner Beschäftigten ein.

Dem obszönen Reichtum und der monopolisierten Entscheidungsmacht kapitalistischer Eliten steht eine Rekordzahl abhängig Beschäftigter gegenüber, deren Gewerkschaften trotz heftiger Arbeitskämpfe nicht einmal einen vollen Inflationsausgleich durchsetzen konnten. Dass die latente Unzufriedenheit über so eine Ungerechtigkeit nicht zum „Triggerpunkt“ wird, liegt an einer politischen Blockade. 89 Prozent der von uns Befragten meinen, dass der gesellschaftliche Reichtum gerechter verteilt sein könnte, doch kaum jemand glaubt daran. In der Ampel blockiert die FDP jeden Versuch, die Vermögenden entsprechend ihrem überdimensionalen Klimafußabdruck an den Kosten der sozialökologischen Transformation zu beteiligen. Die Grünen sorgen für die Erhöhung des CO₂-Preises, streichen aber das Klimageld, das für eine Entlastung sorgen sollte.

Der Souverän muss über die Emissionen entscheiden – vor allem in der Produktion

Werden solche Maßnahmen mit dem Gestus eines moralisch überlegenen Oberlehrers begründet, geht der Schuss nach hinten los. Die Union favorisiert mit Schuldenbremse und marktgetriebener Transformation eine rückwärtsgewandte Utopie des Kapitals. Weil auch die von Grabenkämpfen beherrschte Linkspartei als Alternative ausfällt, entsteht ein Vakuum, das die radikale Rechte nutzt.

Der Einfluss der AfD lässt sich durchaus begrenzen. Die Auseinandersetzung muss auf der persönlichen Ebene beginnen, auch am Arbeitsplatz, im betrieblichen Alltag. „Magst du mich?“, lautet die Frage, mit der

eine Gewerkschafterin ihre Diskussionen mit Beschäftigten im Eisenacher Opel-Werk beginnt. Nach diesem Einstieg macht sie ihre Homosexualität zum Thema, erläutert die AfD-Positionen zu Familie und zur Rolle von Frauen, um dann festzustellen: „Du magst mich nicht, denn sonst wäre eine solche Partei für dich unwählbar!“ Mit dieser Ansprache hat die Vertrauensfrau Erfolg. Nicht Zahlen, Daten, Fakten, sondern Freundschaft wird Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung, die politisch wirkt. Jede und jeder kennt andere, die den Alltagskampf führen können – rasch, ohne großen Aufwand. Zwischenmenschlich.

Die fachliche Inkompetenz der AfD lässt sich glaubwürdig nur attackieren, wenn anstelle einer harmonistischen Einheitsfront der Demokraten mit solidarischer Distanz verfahren wird. Beim Thema Marktgläubigkeit sind Ost-CDU, FDP und selbst Teile der Ost-SPD oft nicht weit von der AfD entfernt. Doch bei aller Kritik ist es sinnvoll, den CDU-Kandidaten Christian Herrgott zum Landrat im Saale-Orla-Kreis zu wählen. Exakt das meint solidarische Distanz.

So wird eine produktive Polarisierung innerhalb des demokratischen Spektrums hinsichtlich der Zukunft möglich. Wir benötigen einen politischen Neustart – nicht nur, aber gerade auch im Osten. Beim Weichenstellen geht es um nachhaltiges Wirtschaften, um Arbeitsmarkt, Bildung und Migration, um Pflege und Gesundheit, um soziale Sicherheit und vor allem: um Gerechtigkeit in der Transformation.

Das Bündnis „Köln stellt sich quer“ hat übrigens einen interessanten Vorschlag. Für den internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März ruft es zu einem Streik für das unantastbare Recht auf Menschenwürde auf. Eine Viertelstunde soll die Arbeit in Büros, Fabriken und Verwaltungen, in Kitas und Schulen niedergelegt werden. Dieser Vorschlag eignet sich dafür, denen eine Stimme zu geben, die häufig übersehen werden. Dies kann jedoch nur eine Stimme bei der Gestaltung der umfassenden Transformation sein, in der diese Gesellschaft – und mit ihr: der Souverän – sich befindet.

Klaus Dörre ist Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie in Jena

Lutz Herden analysiert das Urteil des Haager Gerichtshofs

Der Entscheid bestätigt, wie berechtigt die Klage Südafrikas gegen Israel war

Was zu selten gewürdigt wird: Südafrika war wie kaum ein anderer Staat dazu berufen, sich vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen Israels Krieg in Gaza zu wenden. Dieser Kläger konnte ein moralisches Prestige geltend machen, das besonders aus einem Grund über jeden Zweifel erhaben ist. Die ultimative Abkehr von der Apartheid in den 1990er Jahren gelang ohne Blutzoll an eine Vergangenheit, die vom Prinzip „Black lives don't matter“ beherrscht war. Es überwog das Bemühen, statt Rache und Vergeltung Ausgleich und Versöhnung zu suchen. Dieses Exempel verdient es, gerade jetzt erinnert zu werden. Es könnte Israelis und Palästinensern helfen, ein Auskommen zu finden. So weit sie auch immer davon entfernt sein mögen.

Um die Tragweite des vom IGH ergangenen Entscheids zu ermessen, sollte man nicht allein in der darin enthaltene Aufforderung an Israel würdigen, sich zu mäßigen. Er ermutigt Südafrika, dem beschiedenen wird: Noch hat es einen Sinn, sich in der heutigen Welt rechtlichen und ethischen Normen zu verschreiben, die nicht zur Floskel verkommen, sondern Menschlichkeit stiften. Die Haager Richter haben Südafrika wie den Mitklägern Bolivien, Bangladesch, den Komoren und Dschibuti bedeutet: Bleib dabei, im Blick auf das Handeln von Staaten auf Verhältnismäßigkeit zu achten. Auch wenn das vorläufige Urteil keine sofortige Waffenruhe in Gaza verfügt, was juristisch gar nicht möglich war, erscheint die Kritik der israelischen Kriegsmethode bemerkenswert. Der Regierung Netanjahu haben 16 der 17 IGH-Richter (teils auch der Israeli Aharon Barak) attestiert, „dem Anschein nach“ gegen die Völkermordkonvention von 1948 zu verstoßen. Die ergangenen sechs Auflagen reichen von der Aufforderung, alles zu verhindern und zu bestrafen (!), was zum Genozid aufstachelt, bis zur Garantie von humanitärer Hilfe für

Gaza. Wie angebracht das ist, konnte dem Statement der südafrikanischen Juristin Adila Hassim entnommen werden, als sie vor dem IGH die Klage ihres Landes so begründete: „Israel hat mittlerweile über 21.110 namentlich bekannte Palästinenser getötet, darunter 7.729 Kinder – mehr als 7.780 weitere werden vermisst ... Es hat mehr als 55.243 weitere verwundet und ihnen enorme körperliche und seelische Schäden zugefügt.“ Zahlen, die längst überholt, weil übertroffen sind.

Staaten wie Südafrika wirken heute wie letzte Hoffnungsträger, denen man zutraut, eine der Vernunft und Kontrolle entgleitende Weltordnung nicht vollends kippen zu lassen. Dabei hilft, durch das Auftreten vor dem IGH an Ansehen gewonnen zu haben. Anders als westliche Staaten. Auch wenn Opportunismus und Lagerdenken sie ohnehin daran hinderten, in Den Haag vorstellig zu werden – es hätte ihnen an Glaubwürdigkeit gefehlt. Wer plötzlich die Zwei-Staaten-Lösung reanimiert und jahrzehntelang zuseht, wie Israel das Gebiet eines Palästinenser-Staates an sich reißt und zersükkelt, handelt nicht aus Gerechtigkeitssinn, den treibt Angst vor der Eskalation und um die eigene Haut an.

Algerien will sich nun der Umsetzung dessen annehmen, was die Haager Richter verlangen und womit sie einen Präzedenzfall für Recht, Humanität wie Menschenwürde geschaffen haben. Vielleicht eine letzte Chance, bevor sich der globale Süden unwiderruflich abwendet. Wozu er allen Grund hätte. Erweisen sich diese Werte – einmal nicht als Werkzeuge westlicher Vormundschaft gebraucht, sondern um Menschenleben zu erhalten – als untauglich, gilt das auch für eine sich darauf berufende internationale Ordnung.



Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVSStk. AO4188
Entgelt bezahlt
DPA6 +1